

Verwendung der beigefügten Bilder des BUND-Odenwald im Zusammenhang mit dieser Mitteilung freigegeben.

23.02.20 - Pressemitteilung 2020-8:

Radverkehr und Ortsmitte von Höchst i. Odw.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert die Verantwortlichen in der Gemeindeverwaltung und im Höchster Parlament auf, endlich eine öffentliche Diskussion über die künftige Gestaltung des Verkehrs in Höchst zu führen.

Seit 2017 Überlegungen zu den Radwegen

Vor fast drei Jahren hatte die Gemeindevertretung die Ausarbeitung eines Radwegekonzepts für die Gesamtgemeinde in Auftrag gegeben. An zwei öffentlichen Veranstaltungen befuhren im Sommer 2018 Radlerinnen und die Planerin das Wegenetz und kamen zu Vorschlägen für das Gutachten. Die Bevölkerung wurde zusätzlich befragt und gab Hinweise für das Projekt, die sich zum Teil im Abschlussbericht vom September 2018 wiederfinden. Erst im Mai 2019 gab die Verwaltung den Bericht der Öffentlichkeit frei. Das Fazit der Planer lautete: ‚Höchst wird als eher „fahrradunfreundlich“ erachtet.‘

Seit Sommer 2018 Stillstand

Nach dem Beschluss der Gemeindevertretung 2017 ist wenig bis nichts passiert, um den Radverkehr in Höchst zu verbessern. Die Politikerinnen haben weder das Gutachten beraten noch Mittel im Haushalt für notwendige Maßnahmen bereitgestellt. Bürgermeister Horst Bitsch hat demnach weder Mittel noch den Auftrag, etwas an der schlechten Situation für Radlerinnen zu ändern. Dabei hat allein das Land Hessen im September 2019 Geld bereitgestellt, damit Kommunen den Radverkehr verbessern können. Auch die Bundesregierung hat im Juni 2019 Projektmittel für die Förderung des Radverkehrs in Gemeinden bereitgestellt – allein in Höchst lassen Schritte in diese Richtung auf sich warten.

Umbau der zentralen Straßenkreuzung

Nach mehrjähriger Verzögerung – der Planungsauftrag wurde schon 2016 erteilt – kam im Sommer 2019 der geplante Umbau der Ampelkreuzung Erbacher Straße / Aschaffener Straße wieder in Bewegung. Am 27.11.19 erklärte der Bürgermeister „über die Kreiselmanung haben wir bereits entschieden“, was ihn jedoch nicht hinderte, das Thema im Dezember im Gemeindevorstand zu beraten; es soll demnächst auch in der Gemeindevertretung erörtert werden. Der BUND moniert, dass die Belange des Radverkehrs beim Straßenbauprojekt nicht berücksichtigt werden.

Bürgerinformation durch den BUND

Da weder Verwaltung noch die Politikerinnen eine öffentliche Diskussion über die beiden zentralen Verkehrsprojekte führen, lädt der BUND zu einer Information über die öffentlich zugänglichen Fakten ein. Am Donnerstag, den 12. März 2020 stellt der Umweltverband im Hotel Lust am Höchster Bahnhof um 19:00 Uhr die beiden Projekte vor und lädt zu einem Austausch über die notwendigen nächsten Schritte ein.